

1: Auf allen Autobahnen soll ein generelles Tempolimit gelten.

Deutschland ist das einzige Industrieland, das keine allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen hat. Man darf auf den meisten Autobahnen unbegrenzt schnell fahren und bei dieser These würde man ein Limit festlegen. Parteien fordern in der Regel 130 km/h.

2: Deutschland soll seine Verteidigungsausgaben erhöhen.

Durch die Erhöhung der Verteidigungsausgaben von Deutschland steht der Bundeswehr mehr Geld zur Verfügung um sich in verschiedenen Bereichen zu verbessern z. B. materielle Ausstattung.

3: Bei Bundestagswahlen sollen auch Jugendliche ab 16 Jahren wählen dürfen.

Hierbei geht es um die Senkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen von 18 auf 16. Dies soll den Jugendlichen die Möglichkeit geben früher wählen gehen zu dürfen und somit schon mit 16 an der deutschen Politik teilzuhaben.

4: Die Förderung von Windenergie soll beendet werden

Im Moment erhalten Betreiber von Windradanlagen einen kleinen Geldbetrag für gewonnene Windenergie, was Windenergie zu einer attraktiven Art der Stromgewinnung macht. Nicht erneuerbare Energien wie z.B. Energie aus Braunkohle erhalten diesen Geldbetrag nicht.

5: Die Möglichkeiten der Vermieterinnen und Vermieter, Wohnungsmieten zu erhöhen, sollen gesetzlich stärker begrenzt werden.

In vielen Regionen Deutschlands ist es problematisch, dass die Mieten sehr stark steigen. Eine sogenannte Mietpreisbremse limitiert die maximal mögliche Erhöhung der Miete im Jahr.

6: Impfstoffe gegen Covid-19 sollen weiterhin durch Patente geschützt werden.

Aktuell besitzen ausschließlich die Entwickler*innen der Impfstoffe, die jeweiligen Patente, also nur sie dürfen die Mittel herstellen oder produzieren lassen. Um die Bekämpfung der Pandemie schneller vorantreiben zu können, fordern aber auch viele internationale Organisationen, wie beispielsweise die UN-Menschenrechtskommission oder UNESCO einen offenen Zugang zu den Daten.

7: Der für das Jahr 2038 geplante Ausstieg aus der Kohleverstromung soll vorgezogen werden.

Im Frühjahr 2021 wurden 27,1% des Stroms aus Kohle gewonnen, welche somit den wichtigsten Energieträger in diesem Zeitraum darstellte. Dabei hat die Kohle mit Abstand die schlechteste Klimabilanz aller Energieträger, weswegen Organisationen wie Greenpeace einen vorgezogenen Kohleausstieg fordern.

8: Alle Erwerbstätigen sollen in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sein müssen.

Grundsätzlich sind alle Arbeitnehmer*innen in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Die gesetzliche Rentenversicherung dient primär der Altersvorsorge. Nicht pflichtversichert sind beispielsweise Selbstständige oder Beamt*innen.

9: Das Recht anerkannter Flüchtlinge auf Familiennachzug soll abgeschafft werden

Momentan besitzen anerkannte Flüchtlinge das Recht Ihre Familie zu sich nach Deutschland zu holen, dies würde dann nicht mehr möglich sein.

10: Auf den Umsatz, den Deutschland mit digitalen Dienstleistungen erzielt soll eine Steuer erhoben werden

Digitale Dienstleistungen sind z.B Musik und Videos. Im Moment zahlen die Firmen nur in ihren Ursprungsländern Steuern. Erhebt Deutschland darauf eine Steuer erhält das Land einen Teil des Profits

11: Die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern soll stärker als andere Familienformen gefördert werden

Die traditionelle Familie erhält dann mehr Vorteile z.B. Zuschüsse oder Rechte als andere Familienbilder (z.B. 2 Eltern desselben Geschlechts)

12: Spenden von Unternehmen an Parteien sollen weiterhin erlaubt sein. 13: Studentinnen und Studenten sollen BAföG unabhängig von dem Einkommen ihrer Eltern erhalten

BAföG – kurz für Bundesausbildungsförderungsgesetz
Finanzielle Förderung von bedürftigen Auszubildenden, Schülern und Schülerinnen sowie Studierenden

14: In Deutschland soll es generell möglich sein, neben der Deutschen, eine zweite Staatsbürgerschaft zu haben

Aktuell darf nur jemand die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland beantragen, wer die Voraussetzungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes dafür erfüllt. Die sogenannte Mehrstaatigkeit ist bisher erlaubt, aber nicht als Regelfall vorgesehen.

15: Bundesbehörden sollen in ihren Veröffentlichungen unterschiedliche Geschlechtsidentitäten sprachlich berücksichtigen.

Beispiele sind Doppelnennungen, z.B. Lehrerinnen und Lehrer, das Binnen-I, z.B. ForscherInnen oder die Gender Gap/Underline, z.B. Teilnehmer_innen.

16: Die Ostsee-Pipeline „Nord Stream 2“, die Gas von Russland nach Deutschland transportiert, soll wie geplant in Betrieb gehen dürfen.

Die „Nord Stream 2-Pipeline“ soll die Europäische Union zukünftig mit Erdgas versorgen und dadurch die Versorgungssicherheit erhöhen, Klimaschutzziele unterstützen und den Energiebinnenmarkt stärken

17: Der Solidaritätszuschlag soll vollständig abgeschafft werden.

Der Solidaritätszuschlag ist eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftssteuer in Deutschland, der 1995 eingeführt wurde zur Finanzierung der deutschen Einheit. Die Höhe beträgt seit 1998 5,5%.

18: Das Tragen eines Kopftuchs soll Beamtinnen im Dienst generell erlaubt sein.

Allgemein ist Kopftuch nicht verboten aber im öffentlichen Dienst gelten diesbezüglich strengere Regelungen. Beamte/Beamtinnen in Deutschland müssen eine gewisse Neutralität bewahren.

19: Die Zulassung von neuen Autos mit Verbrennungsmotor soll auch langfristig möglich sein.

Autos mit Verbrennungsmotoren brauchen alles was nicht elektronisch ist, zb Benzin oder Diesel.

20: Der Bund soll mehr Zuständigkeiten in der Schulpolitik erhalten

Derzeit ist es so geregelt, dass jedes Bundesland über seine eigene Schulpolitik entscheidet

21: Der Bund soll Projekte zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland stärker finanziell unterstützen

Antisemitismus beschreibt die Abneigung gegen Angehörige des Judentums. Durch Projekte des Bundes sollen diese Neigungen in der Bevölkerung abgebaut werden um ein friedliches Zusammenleben aller Religionen zu ermöglichen. Da es auch in der heutigen deutschen Bevölkerung noch Probleme mit Antisemitismus gibt, steht es zur Frage ob Projekte zur Bekämpfung von Antisemitismus stärker unterstützt werden sollen um den Fortschritt zu beschleunigen.

22: Chinesische Firmen sollen keine Aufträge zum Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in Deutschland erhalten

Beim Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur (Mobilfunk, Breitband) steht zur Frage ob sich chinesische Firmen (z.B. Huawei) mit Technologie und finanziellen Mitteln beteiligen dürfen. Hierbei stehe sich Sicherheitsbedenken und Kosteneinsparungen gegenüber.

23: Der Staat soll weiterhin für Religionsgemeinschaften die Kirchensteuer einziehen

Momentan werden Beiträge für Religionsgemeinschaften durch die Kirchensteuer vom Staat eingezogen. Dadurch besteht eine enge Verbindung zwischen Kirche und Staat. Bei einem Wegfall der Kirchensteuer würden die Religionsgemeinschaften selbst Beiträge einziehen.

24: der kontrollierte Verkauf von Cannabis soll generell erlaubt sein

Laut § 31 Betäubungsmittelgesetz sind in Deutschland Anbau, Besitz und Handel von Cannabis (+Produkten) strafbar. Der Konsum von Cannabis ist als "straffreie Selbstschädigung" nicht verboten.

25: Deutschland soll aus der EU austreten

Die EU (Abkürzung: Europäische Union)

ist der Zusammenschluss von 27 europäischen Staaten, welche sowohl eine politische als auch eine Wirtschaftsunion bilden.

Alle Bürger der EU teilen zum Beispiel eine Währung, den Euro.

26: Die Landeslisten der Parteien für die Wahlen zum deutschen Bundestag sollen generell abwechselnd mit Männern und Frauen besetzt werden

Mit der Zweitstimme entscheidet sich das Mehrheitsverhältnis im Bundestag, also wieviele Sitze jeweils einer Partei zustehen. Hierzu wird die Landesliste einer Partei verwendet, auf welcher die Kandidaten stehen, die eine Partei für das jeweilige Bundesland nach Berlin schicken möchte. Dabei werden die Kandidaten der Reihe nach von oben ausgewählt.

27: Stationäre Behandlungen im Krankenhaus sollen weiterhin über eine Fallpauschale abgerechnet werden

Krankenhäuser rechnen nicht mehr nach Aufwand ab, sondern nach der Diagnose. Also bekommt das Krankenhaus für einen Patienten mit einer bestimmten Krankheit immer den gleichen Betrag von der Krankenkasse ausgezahlt, egal, wie lange der Patient im Krankenhaus behandelt wird.

28: Auf hohe Vermögen soll wieder eine Steuer erhoben werden.

Die sogenannte Vermögenssteuer ist eine Steuer, die auf das gesamte Vermögen (Reinvermögen) einer Person erhoben wird, wenn dieses eine festgelegte Bemessungsgrenze übersteigt. Früher wurde sie höchstens mit einem Prozent vom Nettovermögen einer Person berechnet (Bruttovermögen abzüglich Schulden), bevor sie Ende 1996 abgeschafft wurde.

29: Bei der Videoüberwachung öffentlicher Plätze soll Gesichtserkennungssoftware eingesetzt werden dürfen.

Wird die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, wie zum Beispiel Bahnhöfen, durch eine Gesichtserkennungssoftware unterstützt, werden unter anderem Gesichter verglichen, um festzustellen, ob es sich um die gleiche Person handelt. Auch könnte eine Gesichtserkennungssoftware polizeilich gesuchte Personen identifizieren.

30: Auch Ehepaare ohne Kinder sollen weiterhin steuerlich begünstigt werden.

Aktuell ist es in Deutschland so, dass Ehepaare durch das sogenannte Ehegattensplitting eine steuerliche Begünstigung erhalten, indem das gesamte Einkommen der beiden Ehepartner halbiert wird. Für das halbierte Einkommen wird anschließend die normal geltende Einkommenssteuer berechnet, bevor als letztes die Einkommenssteuer verdoppelt wird. Das Verfahren verteilt das zu besteuernde Einkommen gleichermaßen auf beide Ehepartner.

31: Ökologische Landwirtschaft soll stärker gefördert werden als konventionelle Landwirtschaft.

Der Staat gibt mehr Geld dafür aus, eine Landwirtschaft zu fördern, welche durch bestimmte Produktionsmethoden für eine Umweltschonende Produktion von Nahrungsmitteln und anderen Landwirtschaftlichen Erzeugnissen sorgt und eine artgerechte Haltung von Tieren ermöglicht.

32: Islamische Verbände sollen als Religionsgemeinschaften staatlich anerkannt werden können

Dies gibt Ihnen besondere Rechte, unter anderem das einziehen der Mitglieds Steuer durch den Staat einziehen zu lassen. Im Moment werden islamische Verbände noch nicht automatisch anerkannt, evangelische, katholische und jüdische Gemeinden hingegen schon.

33: Der staatlich festgelegte Preis für den Ausstoß von CO2 beim Heizen und Autofahren soll stärker steigen als geplant.

Der Staatlich festgelegte Preis für den Ausstoß von CO2, welcher sich Jährlich langsam erhöht soll künftig stärker steigen, was zur Folge hat, dass Dinge wie Autofahren teurer werden aber dafür die Umwelt geschützt wird.

34. Die Schuldenbremse im Grundgesetz soll beibehalten werden.

Die Schuldenbremse (2009) soll die Staatsverschuldung Deutschlands begrenzen. Die Bundesländer und der Bund dürfen sich dabei (fast) nicht neu verschulden.

35. Asyl soll weiterhin nur politisch Verfolgten gewährt werden.

Asyl = Eine Person bekommt aus einem fremden Land Schutz und Hilfe. Das kann z.B. durch Krieg oder Verfolgung der Fall sein.

36. Der gesetzliche Mindestlohn soll spätestens im Jahr 2022 auf mindestens 12€ erhöht werden.

Mindestlohn = niedrigster zulässiger Lohn. Der Mindestlohn liegt seit diesem Juli bei 9,60€. Er soll Juli 2022 auf 10,45€ steigen.

37. Der Flugverkehr soll höher besteuert werden.

-Dadurch soll das Klima geschützt werden. Durch die höhere Besteuerung würden die Flugpreise steigen und das Fliegen wäre weniger attraktiv.

38: Unternehmen sollen selbst entscheiden, ob sie ihren Beschäftigten das Arbeiten im Homeoffice erlauben

Das gibt Unternehmen das Recht ihren Angestellten das Arbeiten im Homeoffice zu verbieten, auch wenn es theoretisch möglich wäre